Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Lindenschmid AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Messerverbotszone Stuttgart

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Zeitraum genau wurde im Resümee der Stadt Stuttgart „zwei Jahre Waffenverbotszone“ betrachtet?
2. Wie war die Zahl der gefundenen Waffen im ersten und im zweiten Jahr?
3. Wie viele Straftaten mit Waffen innerhalb dieser Zone wurden im ersten und im zweiten Jahr jeweils festgestellt?
4. Warum wurde der Stadtgarten aus der Verbotszone ausgenommen?
5. Auf welcher Rechtsgrundlage wurden ab November anlasslose Kontrollen erlaubt?
6. Wie macht die Stadt die Zeiten des Verbots innerhalb oder an der Grenze dieser Zone publik?
7. Welche Staatsangehörigkeit hatten die 116 Personen, gegen die Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten eingeleitet wurden, hilfsweise, falls die Stadt diese Angaben nicht hat, welche Staatsangehörigkeit hatten die Personen, deren Personalien und ggf. Waffen die Landespolizei erfasst und an die Stadt weitergegeben hat?
8. Wie viele der 25 000 Euro verhängten Bußgelder wurden bisher bezahlt?

11.2.2025

Lindenschmid AfD

Eingegangen: 12.2.2025 / Ausgegeben: 10.3.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Der SWR berichtete am 3. Februar 2025 im Artikel „Stuttgart: Diese unerlaubten Waffen wurden in der Verbotszone sichergestellt“ über zwei Jahre Waffenverbotszone Stuttgart. Hierzu soll näheres in Erfahrung gebracht werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 6. März 2025 Nr. IM3-0141.5-583/7/3 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welcher Zeitraum genau wurde im Resümee der Stadt Stuttgart „zwei Jahre Waffenverbotszone“ betrachtet?

Zu 1.:

Nach Mitteilung der Stadt Stuttgart wurde in dem vom SWR am 3. Februar 2025 veröffentlichten Bericht der Zeitraum der letzten beiden Jahre von Einführung der Waffen- und Messerverbotzonenverordnung (WMVZ VO), also von Februar 2023 bis Dezember 2024 betrachtet.

2. Wie war die Zahl der gefundenen Waffen im ersten und im zweiten Jahr?

Zu 2.:

In Bezug auf die Zahl der gefundenen Waffen ist darauf hinzuweisen, dass die WMVZ VO der Stadt Stuttgart neben dem Führen von Waffen im Sinne von § 1 Abs. 2 WaffG auch das Führen von Messern, die keine Waffen im Sinne des Waffengesetzes sind, verbietet. Zu den in dem Bericht dargestellten Waffen zählen danach neben Schusswaffen und ihnen gleichgestellten Gegenständen auch andere tragbare Gegenstände wie beispielsweise Hieb- und Stoßwaffen sowie bestimmte Messer. Dabei erfolgt keine statistische Erfassung dahingehend, ob es sich bei den beschlagnahmten Gegenständen um eine Waffe im Sinne des Waffengesetzes oder um ein Messer handelt, welches nicht unter den Waffenbegriff fällt.

Im Zeitraum seit der Einführung der WMVZ VO am 3. Februar 2023 bis zum Ende des Jahres 2024 wurden nach Mitteilung der Stadt Stuttgart 116 mitgeführte Gegenstände festgestellt. Diese teilen sich wie folgt auf: 29 Einhandmesser, 3 Einhandspringmesser, 17 feststehende Messer, 38 feststellbare Messer, 4 Küchenmesser, 3 Multitools, 1 Neckknife, 1 Scherenhälfte, 16 Taschenmesser und 4 Teleskopschlagstöcke. Eine Aufschlüsselung der gefundenen Waffen nach Jahren im Sinne der Fragestellung ist nach Mitteilung der Stadt Stuttgart unter verhältnismäßigem Aufwand in der Kürze der Zeit nicht möglich.

3. Wie viele Straftaten mit Waffen innerhalb dieser Zone wurden im ersten und im zweiten Jahr jeweils festgestellt?

Zu 3.:

Sofern es sich um Straftaten handelt, erfolgt deren statistische Erfassung bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die Fallermittlung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Die Betrachtung eines eng umgrenzten kriminalgeografischen Raums, wie des Tatortbereichs der Waffen- und Messerverbotzonen innerhalb des Stadtkreises Stuttgart, unterliegt im Vergleich zur landesweiten Kriminalitätssituation Einschränkungen. Aufgrund der kleineren statistischen Grundgesamtheit können bereits leichte Veränderungen der Fallzahlen ausreichen, um nicht unerhebliche prozentuale Schwankungen zu verursachen.

Überdies ist die PKS als Jahresstatistik konzipiert, weshalb das gesamte Jahr 2023 respektive 2024 zur Auswertung herangezogen wurde.

Die PKS Baden-Württemberg weist nachfolgende Anzahl an Fällen aus, bei denen das Tatmittel „Messer“¹ im Zusammenhang mit einer strafbaren Handlung stand. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den aufgeführten Fällen das Tatmittel nicht unbedingt zur Anwendung gekommen sein muss, sowie ein Rückschluss auf die Art der Verwendung nicht möglich ist.

Innerhalb des Tatortbereichs der Waffen- und Messerverbotszone werden im Jahr 2023 insgesamt 90 Straftaten mit dem Tatmittel Messer im öffentlichen Raum erfasst, darunter 75 Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Die Datenbasis der PKS für das Jahr 2024 steht noch nicht für valide Aussagen zur Kriminalitätslage zur Verfügung. Trendaussagen im Vergleich zum Vorjahr sind jedoch bereits möglich. So zeichnet sich ab, dass sich die Straftaten mit dem Tatmittel Messer im öffentlichen Raum innerhalb des Geltungsbereichs der Waffen- und Messerverbotszone für das Jahr 2024 etwa auf Vorjahresniveau befinden.

Ein Verbot oder die Beschränkung des Führens von Waffen und bestimmter Messer an bestimmten Orten ist ein Baustein, Gewalt wirksam zu begegnen und eine nachhaltig positive Entwicklung voranzutreiben. Jede eingezogene Waffe bzw. jedes eingezogene Messer ist ein Zugewinn an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die häufig an solchen Kriminalitätsbrennpunkten im Einsatz sind. Neben der rechtlichen Möglichkeit zur Sicherstellung/Beschlagnahme von Waffen und Messern ist die nun umgesetzte Möglichkeit der Polizei zur Kontrolle auf eben jene Gegenstände ein weiterer Zugewinn eines präventiven Aspekts zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit.

4. Warum wurde der Stadtgarten aus der Verbotszone ausgenommen?

Zu 4.:

Waffen- und Messerverbotszonen können nur dann eingerichtet werden, wenn die Sicherheitslage dies erfordert. Nach Beurteilung der Stadt Stuttgart war eine Verlängerung der Verbotszone im Stadtgarten in diesem Zusammenhang nicht geboten.

5. Auf welcher Rechtsgrundlage wurden ab November anlasslose Kontrollen erlaubt?

Zu 5.:

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems am 31. Oktober 2024 haben die Länder erweiterte Kontrollbefugnisse u. a. in Waffen- und Messerverbotszonen erhalten. Gemäß § 42c Satz 1 WaffG waren zunächst die Waffenbehörden u. a. im räumlichen und zeitlichen Geltungsbereich von Waffen- und Messerverbotszonen zuständig, verdachtsunabhängig Personen kurzzeitig anzuhalten, zu befragen, mitgeführte Sachen in Augenschein zu nehmen sowie die betreffende Person zu durchsuchen. Die Landesregierung hat im Dezember 2024 den Polizeivollzugsdienst zur Durchführung dieser verdachtsunabhängigen Kontrollen in Waffen- und Messerverbotszonen ermächtigt. Die entsprechende Änderung der Durchführungsverordnung zum Waffengesetz ist seit dem 12. Dezember 2024 in Kraft.

6. Wie macht die Stadt die Zeiten des Verbots innerhalb oder an der Grenze dieser Zone publik?

Zu 6.:

Nach Mitteilung der Stadt Stuttgart hat diese die WMVZ VO gemäß der Satzung über öffentliche Bekanntmachungen, ortsübliche Bekanntgaben und ortsübliche Bekanntmachungen vom 16. Februar 2017 durch Einrücken im Amtsblatt der Stadt Stuttgart öffentlich bekanntgemacht. Darüber hinaus informiert die Stadt Stutt-

¹ Tatmittel „Messer“ beinhaltet: Ahle, Bajonett, Butterflymesser, Dolch, Haushalts-/Küchenmesser, Klappmesser, Messer, Spring-/Fallmesser, Stilet, Taschenmesser.

gart über die Regelungen der WMVZ VO auf der städtischen Homepage. Eine Informationskampagne der Stadt Stuttgart (Flyer, Plakate und gezielte Ansprache in Jugendhäusern, Schulen etc.) soll noch im ersten Quartal 2025 auf den Weg gebracht werden.

7. Welche Staatsangehörigkeit hatten die 116 Personen, gegen die Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten eingeleitet wurden, hilfsweise, falls die Stadt diese Angaben nicht hat, welche Staatsangehörigkeit hatten die Personen, deren Personalien und ggf. Waffen die Landespolizei erfasst und an die Stadt weitergegeben hat?

Zu 7.:

Nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselte Statistiken liegen weder dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg noch der Stadt Stuttgart vor.

8. Wie viele der 25 000 Euro verhängten Bußgelder wurden bisher bezahlt?

Zu 8.:

Nach Mitteilung der Stadt Stuttgart wurden von den verhängten Bußgeldern bis zum Stichtag 19. Februar 2024 insgesamt 14 622,54 Euro bezahlt.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen